

VOSSISCHE ZEITUNG
WOCHEN-AUSGABE
VERLAG ULLSTEIN
BERLIN ULLSTEINHAUS

Ausland-Ausgabe

Nr. 15

Berlin, Sonnabend, den 12. April 1924

30 Pfennig
300 Millionen

Deutschland im Wahlkampf

Des Reichskanzlers Mahnung

So oft wird die Welt mit einem Theater verglichen. Eine Preisfrage an der Gesetze der Dramaturgie kundige Zuschauer wäre, ob das gegenwärtige welthistorische Drama im dritten oder im fünften Akte hält, ob es der Peripetie oder der, sei es friedlichen oder gewaltsamen, Lösung zutreibt. Längst ist der Knoten geschürzt, mehr als einmal. Weit verbreitet ist die Auffassung, ein neuer Alexander sei nötig, dies Knotengewirr zu durchhauen. Schicksalsfrage ist, ob es nicht gelingen kann, in geduldiger, wenn auch mühseliger Arbeit die Knoten zu entwirren.

Dieser Gegensatz charakterisiert die auf tiefste zerklüftete deutsche Innenpolitik. Deutschland befindet sich im Wahlkampf. Ergreift er diesmal auch nicht so sehr die breiten Massen wie in früheren Jahren — man rechnet für die Wahlen vom 4. Mai mit einer Beteiligung von nur etwa 70 bis 75 v. H. —, so wählt er

die Sozialdemokratie, die trotz aller Bedrückung während des bayerischen Ausnahmezustandes sich überraschend gut behauptet hat, und die partikularistisch-klerikale Bayerische Volkspartei, der die Verknüpfung mit der Person des in dem Hitler-Prozess um den letzten Rest seines früher so gewaltigen Ansehens gekommenen Dr. v. Kahr einen auch prozentual sehr starken Stimmen- und Mandatsverlust eingetragen hat.

Wie soll aus diesem Landtage eine regierungs- und arbeitsfähige Koalition hervorgehen? Kann die Bayerische Volkspartei sich mit den Deutschvölkischen zusammenschließen, mit der Partei also, an die sie hauptsächlich ihre Verluste abgegeben hat? Kann sie mit den Sozialdemokraten ein Kabinett bilden, gegen die sie seit Jahren so erbarmungslos gekämpft hat? Blicke also nur ein Minderheiten- oder Beamtenkabinett. Beides Verlegenheitsauswege, die nur anzeigen, dass das neue Parlament seine in der Freistaatsverfassung ihm zugesprochenen Funktionen nicht erfüllen kann. Der deutsche Wähler

wählt, wie es seit über 50 Jahren üblich war, nicht mit positivem Aufbauwillen, sondern aus Verärgerung. Er wählt nicht im Hinblick darauf, dass die neue Körperschaft einen Ausschuss einsetzen soll, der berufen ist, zu regieren.

Die Rechtsentwicklung in den deutschen Einzelstaaten macht rasche Fortschritte. In Mecklenburg ist eine Adelsregierung am Ruder, die energisch die republikanischen Errungenschaften abbaut, in Thüringen ist ein rechtsorientiertes Minderheitskabinett jetzt auch schon wieder erschüttert, in Sachsen sucht man die Grosse Koalition, die im vorigen Herbst unter Schwierigkeiten zustande kam, wieder zu zertrümmern und setzt Neuwahlen an. In Württemberg hat das dort stark nach rechts orientierte Zentrum es verstanden, aus den wichtigsten und verlogenen Gründen, aus purer Wahlagitation, den Rücktritt des verdienten Kabinetts Hieber zu erzwingen, dessen Koalition auch die Zentrumspartei selbst gehört. Ein Minderheitskabinett des Zentrums mit sogenannter unpolitischer, in Wahrheit rechts gerichteter Spitze, hat die Nachfolge angetreten.

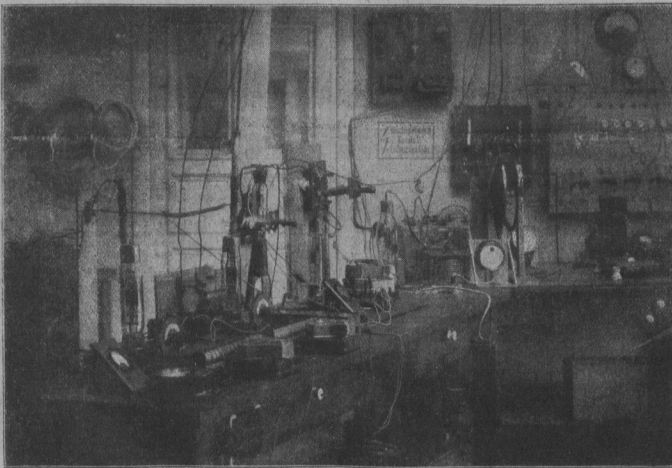
Worauf Frankreich hofft

Die deutschen Reichstagswahlen sind gegenwärtig einer der Angelpunkte der Weltpolitik. In Frankreich beobachtet man die Vorgänge in Deutschland mit gespanntester Aufmerksamkeit. Die nationalistischen Kreise Frankreichs hoffen auf einen arbeitsunfähigen Reichstag. Sie rechnen damit auf Vorteile, dadurch, dass eine aktionsbereite Reichsregierung ihnen gegenüber eine Zeitlang fehlt, und sodann darauf, dass sie mit der unbesonnenen und überspannten Geste und rednerischen Ausschreitungen der Rechtsradikalen Deutschlands die öffentliche Meinung der Welt zu ihren Gunsten beeinflussen können. Auch in Frankreich stehen ja Wahlen bevor, und gewiss nicht ohne Überlegung hat man dort als Wahltermin den 11. Mai angesetzt, also nur acht Tage nach den Reichstagswahlen, damit deren Ergebnis im Endkampf der französischen Wahlbewegung verwertet werden kann.

Macdonald — Mussolini

Die heikle und schwierige Situation einer Minderheitsregierung wird vor allem deutlich in England. Dort hat das Arbeiterkabinett Macdonalds auf die Durchführung seines innerpolitischen Programms so gut wie ganz verzichten müssen, und es ist ihm die undankbare Aufgabe geblieben, durch eine besonnene, aber nicht gerade populäre Aussenpolitik dem Frieden der Welt zu dienen. Selbst die einfachsten provisorischen Geschäftsmassnahmen zur Behebung dringender Not, wie das kolneswegs überspannte Mieterschutzgesetz, werden als bolschewistisch ausgeschrien, und die Opposition bringt es fertig, durch immer wiederholte Ablehnung das Kabinett in die Minorität zu bringen. Durch solche innerpolitischen Niederlagen wird auch aussenpolitisch das Prestige des Kabinetts gemindert, und es ist keineswegs ausgeschlossen, dass nach der Osterpause England aus dem Zustand der schleichenden Krise in den der akuten übergeht. Dies zu einer Zeit, in der eine der wichtigsten Dominions Südafrika ebenfalls kriselt. Der Ministerpräsident Smuts hat seine Demission gegeben, und mit Sorge verfolgt man von der Mutterinsel aus die weitere Entwicklung in Kapstadt.

Einer festen und stetigen Regierung kann augenblicklich noch Italien sich rühmen. Mussolini hat es in einer an Napoleon erinnernden Art verstanden, durch die nach einem sehr merkwürdigen System vor sich gegangenen Kammerwahlen sich so etwas wie ein Plebiszit zu verschaffen, das dem durch Gewalt ans Ruder gekommenen Fascismus die Bestätigung des Volkswillens geben soll. In Wahrheit sieht man schon die Keime des Verfalls. Das faschistische Regime, das sich auf eine Partei stützt, die den Namen „Nationalmelitza“ beansprucht, ist in weiten Kreisen der Bevölkerung unbeliebt. Wenn die faschistische Liste über 60 v. H. der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigte, so muss man sich dabei daran erinnern, dass die Wahlbeteiligung verhältnismäßig schwach ist, und dass viel Gegner der Faschisten sich dessen bewusst sind, dass sie durch den Stimmzettel in diesem Augenblicke das herr-



Versuchsraum der Radiosender G m b H.

docht um so tiefer auf, was in seinen Strudel kommt. War im Sommer bei der Denkmalsmahnung in Frankreich die Weiberede Poincarés allwöchentliches Sonntagsgeschehen zum Stoff für die Montagblätter zweier Hémisphären, so hat man sich daran gewöhnen müssen, dass allsonntäglich die führenden Männer des Reichskabinetts, dass vor allem Reichskanzler Marx und Aussenminister Stresemann, die schwierige Doppelaufgabe erfüllen, gleichzeitig zu ihren Wählern und zur Welt zu reden. Eindringlich vertritt Reichskanzler Marx die Auffassung, das gegenwärtige ohnmächtige Deutschland sei gezwungen, eine Politik der Geduld zu treiben. „Stärkt nicht die Extreme!“ so ruft er mahnend den Wählern zu.

Wirrwarr in Bayern

Wie berechtigt diese Mahnung in den deutschen Verhältnissen nun einmal ist, das haben die Wahlen zum Bayerischen Landtag gezeigt. Dort sind die Extreme gestärkt worden. Die Kommunisten haben die Zahl ihrer Mandate vervielfachen können, obgleich sie in Bayern seit Jahren der publizistischen Vertretung durch eigene Organe beraubt sind. Die Deutschvölkischen und Nationalsozialisten, von einer verblendeten und beschränkten Bürokratie geschirmt und gehegt, haben im ersten Anlauf ihrer parlamentarischen Betätigung ein gutes Fünftel aller Stimmen auf sich vereinigen können. Als starke Partei übriggeblieben sind nur



Wie die deutsche Radio-Industrie sich exportfähig macht. Montage der „Wellenprüfer der Radiofrequenz G m b H“